Wie „grünes“ Großkapital und linke Journalisten gemeinsame Sache machen – Teil 3: Journalisten ≠ Volk

Zum größten (Selbst-)Betrug der Bewegungen zur Klima-„Rettung“ gehört die Behauptung, man sei eine „Graswurzelbewegung“ von unten, aus dem Volk heraus, und müsse Widerstand leisten gegen das gierige Fossilkapital. In Wirklichkeit steckt hinter den diversen Klimaretter-Gruppierungen eine Allianz der weltweit größten und mächtigsten Kapitalbesitzer, allen voran aus den USA. Das Großkapital hat es längst dank geschickter Tarnmanöver geschafft, die Umwelt- und Klimabewegung vor ihren Karren zu spannen. Eine besonders schäbige Rolle spielten dabei deutsche Journalisten und ihre Verbände sowie „flexible“ Gestalten wie Joschka Fischer. Ihre Hilfe ermöglichte es dem Großkapital, linke und linksradikale Kräfte aus der „68er-Bewegung“ sowie Umweltverbänden zu einem mächtigen politischen Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen zusammenzuführen. In Teil 3 wird die Soziologie des deutschen Journalismus beleuchtet.



Bild 1. „Sagen was ist“ war früher das Motto. Hier die Redaktion der New York Times in den 1940er Jahren,
Foto: janeb13, pixabay

Viele Zeitgenossen haben großes Vertrauen in die Medien, insbesondere in die öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsender, da diese durch Gebühren finanziert und zudem durch Landesmedienanstalten kontrolliert werden, in denen neben den politischen Parteien noch gesellschaftlich relevante Gruppierungen vertreten sind. Theoretisch sollen Journalisten so als „Vierte Gewalt“ im Staat die Bevölkerung durch objektive Informationen in die Lage versetzen, die Mächtigen zu kontrollieren und im Zaum zu halten.

Doch das ist nur schöner Schein, weil die Hauptakteure – die Journalisten selbst – weder den Durchschnitt des Volkes repräsentieren noch neutral sind. Im Gegenteil:

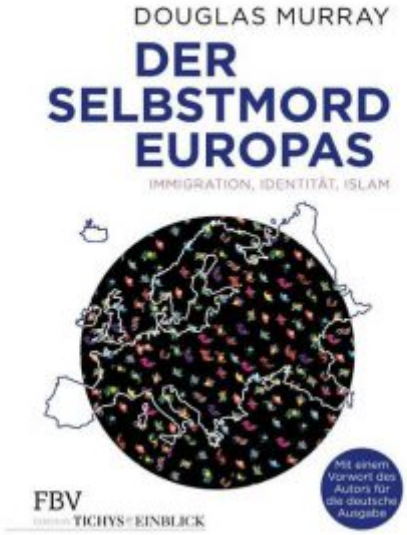
Die große Mehrzahl von ihnen sind Akademiker mit weit überwiegend geistes- oder sozialwissenschaftlicher Ausbildung, die häufig über keine sonstige Berufserfahrung verfügen. Mit der Gedanken- und Gefühlswelt der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung haben sie daher kaum Berührungspunkte. Einer im Auftrag des Deutschen FachjournalistenVerbands DFJV durchgeführten Untersuchung zufolge haben 84 % der Politikjournalisten einen Hochschulabschluss oder gar eine Promotion/ Habilitation, weitere 10 % haben das Abitur, aber nur 5 % eine abgeschlossene Berufsausbildung. Bevorzugte Studienfächer sind Politikwissenschaft, Germanistik, Geschichte, Journalistik und Kommunikationswissenschaft.

Kein Abschluss	1	0,1
Hauptschule/Volksschule	1	0,1
Realschulabschluss, Mittlere Reife, POS	6	0,8
Abitur, Fachabitur	77	9,9
Abgeschlossene Berufsausbildung	40	5,2
Hochschulabschluss/Fachhochschulabschluss	573	73,9
Promotion/Habilitation	77	9,9
Gesamt	775	100,0

Tabelle 6: Höchster Bildungsabschluss

Bild 2. Höchster erreichter Bildungsabschluss deutscher Journalisten (Quelle)

Diese Einseitigkeit bedauerte auch der Deutschlandchef von Reporter ohne Grenzen, Christian Mihr, in einem Interview mit der Welt: „Der Beruf ist immer akademischer geworden. Viel zu viele Journalisten nehmen die Welt durch dieselbe Brille wahr. Die Vielfalt in Redaktionen sollte die Vielfalt der Wirklichkeit abbilden…Wenn alle Journalisten ähnlich sozialisiert sind, ist das letztlich eine Gefahr für die ausgewogene Berichterstattung…Das ist auch eine Aufgabe der Ausbildungsstätten. Es wäre schön, wenn Journalistenschulen ihren Nachwuchs breit gefächert auswählen und Talente gewinnen, die keine Akademiker sind oder aus sozial schwachen Familien stammen.“



Brutale Auslese



Bild 3. Journalistisches Handwerkszeug, Foto: geralt, pixabay

Dass diese Fehlentwicklung sich auch weiterhin nicht ändern und sogar eher verschärfen dürfte, unterstreicht der Erfahrungsbericht eines jungen Journalisten, der darüber im Spiegel Online (SPON) mit großer Offenheit berichtete. Als Kind normaler Werktätiger studierte er nach einem ersten Studienabbruch Anglistik, Geschichte und Amerikanistik in Berlin und Amsterdam und absolvierte zudem zahlreiche Praktika. Da er dennoch keine Volontariatsstelle bei einer Zeitung bekam, besuchte er noch eine Journalistenschule, was ihm nur gelang, da er nach dem Bafög noch ein Stipendium erhielt. Bei einem Praktikum wurde ihm selbst dann, als er tageweise für eine ausgefallene Kollegin einsprang, keine Entlohnung gewährt. Kinder aus ärmeren Schichten würden, so seine Erkenntnis, bei einem solchen Werdegang schon allein aufgrund ihrer Mittellosigkeit ausgesiebt. Wenn nur

die Journalisten würden, die es sich leisten können, sei dies nicht nur unfair, sondern eine Gefahr für die Demokratie. Sein Fazit: „Wen schließt dieses System alles aus? Wer versucht es erst gar nicht?

Irgendwann bewegt sich Journalismus nur noch in seiner eigenen Blase und seine Repräsentanten tun verwundert, wenn sich Teile der Bevölkerung frustriert von ihnen abwenden, weil sie sich nicht mehr repräsentiert fühlen.“ Verschärfend wirkt hierbei auch die sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage der meisten Medien, die sich in einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen dokumentiert.

Die dadurch zunehmende prekäre Beschäftigung trägt dazu bei, dass erheblicher Anpassungsdruck entsteht und sich weitgehende Konformität der Ansichten durchsetzt. Wer auch nur etwas abweicht, der findet sich, wie es ein SPON-Journalist einmal beschrieb, bald in der Kantine allein am Tisch wieder, weil er von den anderen gemieden wird. Übrigens hat besagter Journalist inzwischen sowohl den Kantinentisch als auch seinen Schreibtisch bei SPON geräumt (räumen dürfen?).



Bild 4. Vom Wahrzeichen der Daseinsvorsorge zum Hasssymbol vieler Journalisten: Ein Braunkohlebagger, Foto: DarkWorkX, pixabay

Linksgrüne Monokulturen

In den so entstandenen Echokammern des deutschen Journalismus haben sich schon seit Jahrzehnten linke und grüne Denkweisen quasi flächendeckend durchgesetzt, was nicht nur durch Erfahrungsberichte einzelner Personen, sondern auch durch zahlreiche Untersuchungen belegt ist. So kommt die bereits erwähnte Recherche „Journalismus in Deutschland“ zu dem Schluss: „…the political orientations among journalists…still leans toward the left end of the scale.“ Wobei

diese Anmerkung bereits darauf schließen lässt, dass hierunter Tendenzen zum linken Rand, also zum linken Extremismus verstanden werden können.

Einen klaren Hinweis hierauf vermittelt auch die Wahl der von Politikjournalisten bevorzugten Informationsmedien: Bei Tageszeitungen waren es die erheblich linkslastige SZ mit 77,6% und immerhin noch zu 51,9% die FAZ, bei Magazinen dann schon deutlicher der linksextreme Spiegel mit 88,1 %, gefolgt von der ebenfalls im linken Milieu verhafteten Zeit mit 51,1% und dem ebenfalls linken Stern mit 28,9%. Frappierend ist vor allem die extrem ungleichgewichtige Nutzung bei Online-Medien: Hier überragt SPON mit 87,8 % einsam das gesamte Feld, gefolgt von der Süddeutschen mit nur noch 19,3 % und der Tagesschau mit 16,1 %.

Es nimmt daher nicht wunder, dass eine Allensbach-Umfrage schon im Jahre 2009 ergab, dass 42 % der Politikjournalisten den Grünen zuneigen, 24 % der SPD und nur 14 % der CDU sowie 12 % der FDP. Diese Zahlen dürften allerdings nicht die heutige Realität widerspiegeln, sondern lediglich die nach außen kommunizierte Selbsteinschätzung. Anders ausgedrückt: Das Wertesystem deutscher Journalisten unterscheidet sich grundlegend von dem der Bevölkerung. Sie werten offenkundig Parteien wie FDP und CDU sowie zumindest Teile der SPD (Schröder) als „Rechts“ statt als „Mitte“, verorten Grüne und Jusos als „Mitte“ und vertreten darüber hinaus zu erheblichen Teilen linksradikale und sogar extremistische Positionen.

Dies zeigt sich an der oft extrem einseitigen Berichterstattung zahlreicher Medien über die Fridays for Future, die Besetzungen des Hambacher Forsts und von Tagebauen in der Lausitz sowie über die Fast-schon-Terroristen von Extinction Rebellion. Vom Ausland aus betrachtet wird dies viel klarer gesehen als im Inland, wo eine Journalistenkrähe offenkundig der anderen kein Auge aushackt. So stellt ein Bericht in der „Neue Zürcher Zeitung“ mit dem Titel „Das Herz des deutschen Journalisten schlägt links“ fest, dass neutraler Journalismus (in Deutschland) eine Illusion sein dürfte. Ebenso kritisch liest sich der Beitrag „Grün ist die Redaktion – die deutschen Mainstream-Medien haben aus der Flüchtlingskrise nichts gelernt.“



Bild 5. Kernkraftwerke gelten den meisten Journalisten als Höllenmaschinen
Foto: ramboldheiner, pixabay

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen

Das tatsächliche Ausmaß der Verschiebung der Vorstellungswelt insbesondere der deutschen Journalisten gegenüber der eigenen Bevölkerung dokumentiert sich an der Berichterstattung zu bestimmten Themenkomplexen, wo sie kollektiv die Maske der Neutralität fallenlassen und die wahre Gesinnung ungehemmt zum Vorschein kommt. Das zeigte sich beispielsweise anlässlich der Tsunami-Katastrophe in Fukushima, als deren Folge die dortigen Kernreaktoren zerstört wurden.

In einem auf Meedia.ch veröffentlichten Bericht zu Fukushima schrieb die Schweizer Medienwoche bereits 2012: „Jegliche Distanz verloren deutsche Journalisten bei der Berichterstattung über das mehr als 15′871 Tote, 2778 vermisste und 6114 verletzte Menschen (Stand: 10. Oktober 2012) fordernde Erdbeben in Japan am 11. März 2011. Es war noch kaum bekannt, welche Gebiete und wie viele Personen davon betroffen waren, als sie sich fast ausschliesslich auf Spekulationen über austretendes radioaktives Material verlegten. In vielen Stunden Live-Fernsehen wurden deutsche Zuschauer mit wenig Fakten und viel Hysterie geängstigt. Gegenüber den Tausenden Toten und den Hunderttausenden mit zerstörten Lebensgrundlagen, die das Erdbeben und die Überschwemmungen verursachten, steht die Reaktorkatastrophe: Sie forderte 3 Todesopfer, einige Verletzte sowie eine unbekannte Anzahl von Strahlengeschädigten.“

Seither ist man in deutschen Medien teilweise sogar dazu übergegangen, Ursachen und Wirkungen komplett zu verwischen, indem pauschal von den Zehntausenden Opfern von Fukushima geschrieben wird oder gleich von der „Atomkatastrophe von Fukushima“.

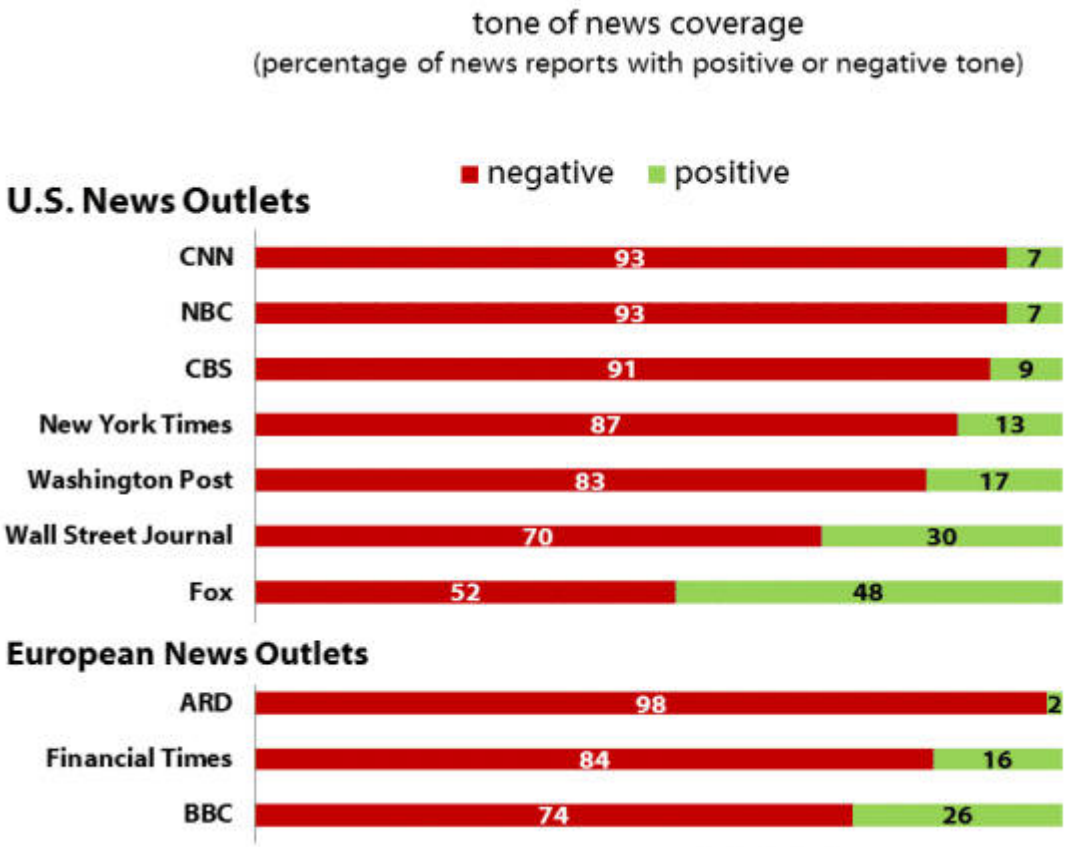


Bild 6. Im Vergleich zur übrigen internationalen Presse ist die Berichterstattung der ARD über den US-Präsidenten von bemerkenswerter Feindseligkeit geprägt
Bild: Shorenstein Center CC BY-3.0

Ein weiterer Fall, der aufzeigt, dass deutsche Journalisten bei passender Gelegenheit eine geradezu sektiererische Einseitigkeit an den Tag legen, ist die Berichterstattung über den derzeitigen US-Präsidenten Donald Trump.

Nun ist dieser ja selbst im eigenen Land bei den Medien nicht sonderlich beliebt, doch die fast schon 100prozentige Feindseligkeit, die sich in der Berichterstattung der ARD über Trump dokumentiert, ist im Vergleich zu der anderer ausländischer Medien geradezu einzigartig – und entlarvend für die aktuelle Situation beim deutschen Journalismus.



Bild 7. Fridays for Future-Demonstranten sind das Liebkind der Medien
Foto: Michael_Luenen, pixabay

Einseitigkeit insbesondere bei der Klimaberichterstattung

Besonders ausgeprägt ist diese Einseitigkeit auch bei der Berichterstattung über den angeblich menschengemachten Klimawandel. Dies wurde schon vor Jahren durch die Schweizer Kommunikationsforscher Michael Brüggemann und Sven Engesser von der Universität Zürich festgestellt. In einem SPON-Interview fasste Michael Brüggemann 2013 seine Erkenntnisse so zusammen: „Die ganz große Mehrheit der Klimajournalisten stimmt weitgehend überein mit dem Konsens führender Klimawissenschaftler, wie er in den regelmäßigen Berichten des Uno-Klimarats IPCC zum Ausdruck kommt.

Neun von zehn der Klimajournalisten vertrauen den Ergebnissen des IPCC…Mehr als 70 Prozent der befragten Journalisten halten die Beiträge der Klimaskeptiker für

wissenschaftlich nicht fundiert…Allerdings fällt tatsächlich auf, dass nur die Hälfte der Befragten es für wichtig hält, über die Unsicherheiten der Forschungsergebnisse zu berichten. Hingegen gaben 95 Prozent der Journalisten an, es sei wichtig, über die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken für Mensch und Natur zu informieren.“ Seither hat sich die Situation noch dramatisch verschlimmert, wie die mediale Begleitung der FFF-Bewegung eindeutig dokumentiert.



Bild 8. Selbst die eindeutig antidemokratische Weltuntergangssekte Extinction Rebellion wird in der Berichterstattung oft hervorgehoben
Bild: TheDigitalArtists, pixabay

Mit Sorge beobachtet auch der frühere Chefredakteur der „Heilbronner Stimme“, der Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Bok, diese Entwicklung: „In den Verlagshäusern und Rundfunkanstalten werden derzeit die Alt- und Jung-68er von der Generation Greenpeace abgelöst. Sie ist mit der ständigen Apokalypse aufgewachsen. Der grüne Alarmismus ist ihnen in Fleisch und Blut übergegangen. Das ist viel schlimmer als eine Gleichschaltung, wie man sie aus autoritären Staaten kennt: Diese Generation, die mittlerweile in vielen Redaktionen das Sagen hat, ist sich ihrer eingeschränkten Wahrnehmung gar nicht mehr bewusst. Sie denken vornehmlich in Freund-Feind-Kategorien und teilen die Welt am liebsten in Gut und Böse ein…. Während Interviews mit liberalen oder konservativen Politikern inquisitorischen Verhören gleichen, muss das grüne Spitzenpersonal kaum fürchten, dass sein moralischer Rigorismus mit praktischen Einwänden bloßgestellt wird.“

Mit anderen Worten: In unseren Redaktionen sitzen zunehmend Journalisten, die ihre Aufgabe nicht etwa darin sehen, die Bevölkerung neutral zu informieren. Sie verstehen sich vielmehr als „Aktivisten“ und fördern eine zunehmend gewaltbereite und undemokratische Ökoreligion. Deshalb verschaffen sie diesen Grüngardisten – von den naiven „Fridays for Future“-Jugendlichen über die radikalen „Ende Gelände“-Aktivisten bis zu den terrornahen „Extinction Rebellion“-Anhängern – ein Maximum an medialer Aufmerksamkeit.

Fred F. Mueller

Serie Wie „grünes“ Großkapital und linke Journalisten gemeinsame Sache machen

Wie der Staat „Weltrettungs-Eiferer“ heranzüchtet

mehr lesen …

Journalisten ≠ Volk

mehr lesen …

Großkapital – weltweit längst „grün“

mehr lesen …

„Grünes“ Großkapital und linke Journalisten – US-Stiftungen

mehr lesen …

- 
- 
- 

Werbung


Klaus Schwab
Die Zukunft der Vierten Industriellen Revolution
Wie wir den digitalen Wandel gemeinsam gestalten
DVA
Vom Gründer und Vorsitzenden des Weltwirtschaftsforums
WORLD ECONOMIC FORUM